Jimmy Carters chinesische Karte

Eine „Kapitulation" vor China und eine „Schande" für Amerika nannten rechte US-Politiker die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der USA mit China. Mit diesem Coup zum Jahreswechsel begegneten beide Staaten dem sowjetischen Druck von Angola bis Indochina. Und Ende Januar reist Chinas Westpolitiker Teng nach Washington.

Es war die xte Fernsehansprache des US-Präsidenten Jimmy Carter, aber die erste Pressekonferenz des chinesischen Partei- und Regierungschefs Hua Kuo-feng. Beide Veranstaltungen fanden zum gleichen Zeitpunkt statt: am Freitag, dem 15. Dezember, 21 Uhr Washingtoner Zeit in Washington, am Samstag, dem 16. Dezember, zehn Uhr Pekinger Zeit in Peking.

Dazwischen liegen der Zeitunterschied Washington / Peking von 13 Stunden, eine Entfernung von 12 000 Kilometern und eine historische Distanz, die noch gewaltiger schien:

Der Chef der reichsten und der Chef der volkreichsten Nation der Erde verkündeten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum 1. Januar 1979 — ein Ereignis, das zwei volle Jahrzehnte lang als unmöglich gegolten hatte und auch nach Richard Nixons historischer Peking-Reise vom Februar 1972 noch sieben Jahre lang nicht hatte stattfinden können.

Es war, kein Zweifel, wenige Tage vor Jahresschluß das politische Ereignis des Jahres 1978, nachdem die Hoffnungen dahingewelkt sind, den Umarmungen von Camp David könne ein schneller Nahost-Friede entspringen. „Eine historische Wende", urteilte Parteichef Hua auf seiner ersten Pressekonferenz.

Dem Weltfrieden dient der große Ausgleich auf dem ganz anderen Schauplatz freilich auch — wenn man dem ganz und gar befangenen Zeugen Leonid Breschnew folgen darf. Enthüllender ist, daß es den Moskowitern tagelang die Sprache verschlagen hatte, bevor sie sich vorigen Mittwoch ein gequältes Willkommenswort abrangen.

Denn das Zusammenrücken von Amerika und China ist, trotz aller salbungsvollen Floskeln, die es begleiten, ein klassisches „renversement des alliances", ein Umsturz bisheriger Machtverhältnisse, vergleichbar der Beendigung der Feindschaft zwischen Habsburg und Bourbon Mitte des 18. oder der zwischen England und Rußland am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Natürlich beteuerte Jimmy Carter: „Die Sowjets wissen, daß wir nicht die Absicht haben, unsere neuen Beziehungen zur Volksrepublik China zum Nachteil der Sowjets oder anderer einzusetzen." Amerika braucht diese Beziehungen gar nicht erst einzusetzen — sie wirken von selbst. Washington gewinnt weitere Bewegungsfreiheit, während Moskau, verbündet noch mit Staaten wie Uganda, Äthiopien und Afghanistan, von neuer Einkreisungsangst befallen wurde. Schon am 17. Dezember behauptete die sowjetische Armeezeitung „Roter Stern", die „amerikanischen Imperialisten, japanischen Revanchisten und chinesischen Großmachtchauvinisten" brüteten einen neuen Militärblock aus.

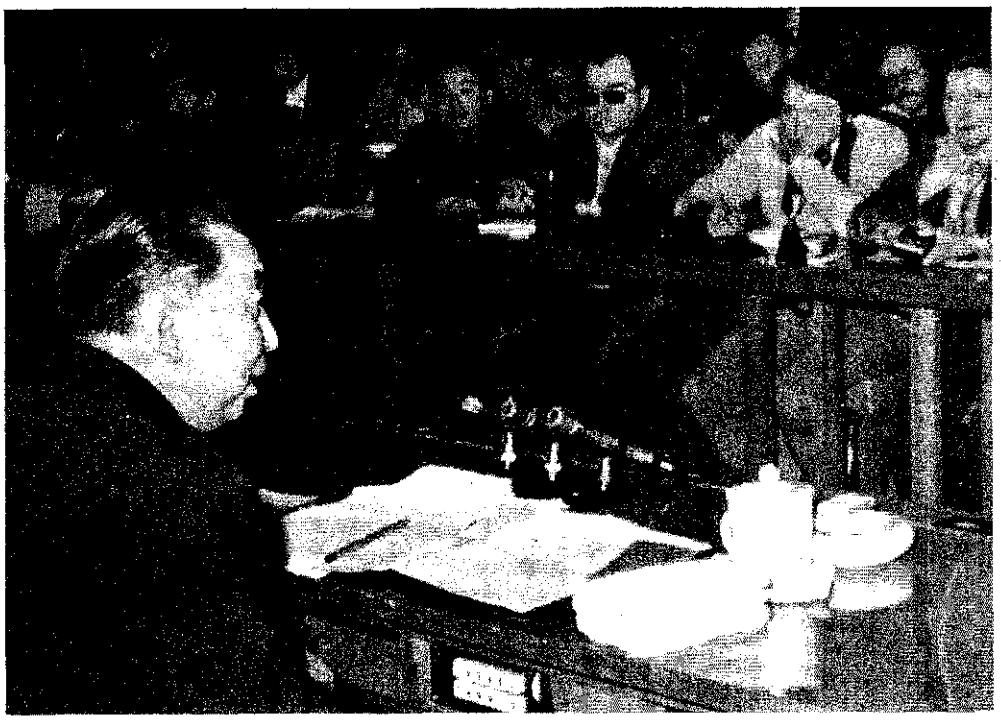
Auf Nicht-Intervention verpflichtet, hatte sich die amerikanische Außenpolitik dem Druck Moskaus von Angola bis Indochina ausgesetzt gesehen — da fiel ihr ohne eigenes Zutun jene „chinesische Karte" in den Schoß, deren Ausspielen Moskau erst kürzlich einen „großen Fehler" nannte.

Gewiß scheinen Zweifel angebracht, ob die außenpolitischen Kapazitäten in der Umgebung Jimmy Carters dem nun anhebenden Spiel mit mehreren Bällen gewachsen sind — Kapazitäten, die sich durch den Aufstand gegen Schah Resa Pahlewi völlig überraschen ließen und dem Wackelnden auch heute noch Rüstungsgut zustecken.

Gewiß ist auch, daß Amerikas wichtigster Partner für Friedenssicherung und Abrüstung nur die hochgerüstete Militärmacht Sowjet-Union sein kann — weshalb Carter sich wohl mit Recht gegen den Vorwurf wandte, er habe mit seinem China-Coup den bevorstehenden Abschluß eines zweiten Abkommens zur strategischen Rüstungsbegrenzung (Salt II) gefährdet.

Die Frage ist eher, ob sich Moskau angesichts der neuen Lage eine weitere Verzögerung von Salt II noch glaubt leisten zu können. Und in der Tat geht Washington nach wie vor davon aus, daß Staats- und Parteichef Breschnew Mitte Januar zur Unterzeichnung in die USA kommen kann.

Der Termin aber deutet auf Zeitdruck hin: Denn schon für den 29. Januar ist der Besuch jenes Chinesen in Washington vereinbart, der im Schatten des Partei- und Regierungschefs Hua die neue Westpolitik der Volksrepublik China plante und durchführte: Vize-Parteichef, Vizepremier und Generalstabschef Teng Hsiao-ping (siehe Kasten Seite 84).



Parteichef Hua auf seiner Pressekonferenz am 16. Dezember: Militärblock gegen Moskau?

Diesem Pragmatiker ist die Fähigkeit schon zuzutrauen, mit vielen Bällen zu spielen — und er sieht in der amerikanisch-chinesischen Annäherung zweifellos eine Allianz gegen Moskau.

Tausende chinesischer Partei- und Wirtschaftsfunktionäre waren das ganze Jahr 1978 über in die Welt ausgeschwärmt, um wirtschaftsstarke Staaten an der Peripherie des Sowjet-Reiches wie Westdeutschland und Japan mit Milliarden-Investitionen zur Entwicklung Chinas einzuladen — 160 Delegationen besuchten allein die Bundesrepublik.

Diese Aktivität vermittelte Washington ein Bild davon, wie ernst es die neue Pekinger Führung mit ihrer Offensive in der Welt meint und daß sie sich die Annäherung an die USA allerhand kosten lassen würde.

Da Washington nach den nun getroffenen Vereinbarungen seine offiziellen Beziehungen zu Taiwan abbrechen und den amerikanisch-taiwanesischen Beistandspakt lösen wird, behaupteten amerikanische Falken, Amerika habe vor Peking „kapituliert" (so der rechte Republikaner Ronald Reagan).

„Eine Schande" nannte der republikanische Parteichef William Brock die Carter-Entscheidung. Und George Bush, ehemals Leiter des Verbindungsbüros der USA in Peking, entrüstete sich: „Wir haben alles gegeben und nichts bekommen ... damit schaden wir der Glaubwürdigkeit der USA in der Welt."

In Wahrheit hat Peking den USA für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen größere Konzessionen gemacht, als Washington erwartet hatte:

▷ Anders als von Peking gefordert, wird der Beistandspakt zwischen den USA und Taiwan nicht zugleich mit, sondern erst ein Jahr nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Taipeh auslaufen.

▷ Amerika wird Taiwan auch über 1979 hinaus mit Waffen beliefern.

▷ Washington hat in einer separaten Erklärung klargestellt, daß auch künftig „kulturelle, wirtschaftliche und andere nichtoffizielle Beziehungen" zu Taiwan unterhalten werde.



Chinesen am 16. Dezember*: Signale an Amerika



Chinesen, Amerikanerin in Peking*: „Alles gegeben und nichts bekommen"?

Daß Peking diesen Vorbehalt nicht schriftlich, sondern nur augenzwinkernd zur Kenntnis genommen hat, ist einleuchtend: Ein Dokument dieses Inhalts wäre einem in Asien katastrophalen Gesichtsverlust der Chinesen gleichgekommen, die bislang strikt abgelehnt hatten, was sie nun stillschweigend hinzunehmen bereit sind.

Erste Gespräche hatten im Mai begonnen. Für drei Tage reiste Carters

* Oben: Beim Kauf der „Volkszeitung" mit der Nachricht über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA; unten: bei einer Diskussion über das Ereignis.



„... und gewöhnt euch das alberne ‚Genosse Teng' ab, ‚Boss' genügt!"

tes Mao-Zitieren offizielle Linie der Partei.

Sein Programm ist das Leistungsprinzip: „Unsere Revolution hängt vom materiellen Anreiz ab"; gegen Inkompetenz verordnet er: „Leute, die den Lokus besetzt halten, ohne zu scheißen, sollen ihn räumen."

Das klingt nach Kapitalismus, und bei seinem zweiten Sturz deklarierte denn auch das Parteiorgan „Volkszeitung", Teng sei in Wahrheit gar kein Marxist, sondern lediglich ein „bürgerlicher Demokrat".

Nun hatte aber Altvater Marx den Kapitalismus als mehr oder weniger notwendiges Entwicklungsstadium nach der Feudalgesellschaft bezeichnet und im „Kommunistischen Manifest" sogar die wirtschaftlichen Großtaten der Bourgeoisie gerühmt. Teng deduziert denn auch ideologisch korrekt: „Revolution bedeutet Befreiung der Produktivkräfte und Förderung ihrer Entwicklung."

Nach den Konvulsionen der Mao-Zeit scheint ein solches Programm für China bekömmlich, gemäß dem berühmten Teng-Motto: „Ganz gleich, ob es eine weiße oder eine schwarze Katze ist — Hauptsache, sie fängt Mäuse."

Teng hat denn auch dem chinesischen Volk — bislang offensichtlich unter dessen Beifall — als neue Weltanschauung offiziell den Pragmatismus auferlegt: „Wird die Theorie durch die Praxis widerlegt, muß die Theorie korrigiert werden" — das Gegenteil des Glaubens der Maoisten, die es beim Auseinanderklaffen von Theorie und Wirklichkeit mit Hegel hielten: Um so schlimmer für die Wirklichkeit.

Pragmatiker Teng hat für seinen Gegenkurs dennoch auch ein Mao-Zitat ausgegraben: „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" (1940, „Über die neue Demokratie"). Und selbst im roten Büchlein steht das passende Mao-Wort: „Willst du den Geschmack einer Birne kennenlernen, mußt du sie verändern, das heißt, sie in deinem Mund zerkauen."

So einer ist Teng. Sein „Katzen"-Wort fiel, als er hörte, daß ein Drittel der chinesischen Agrarproduktion aus den winzigen privaten Gärten der Bauern stamme. Genauso frei von Skrupeln kann er einen Streik brechen, wie 1975 in den Seidenwebereien von Hangtschou, wo Maoist Jao mit Verhandlungen gescheitert war; Teng kam mit einer ganzen Division.

Ebenso bedenkenlos kann er sich mit Staaten verbünden, die ihm die beste Technologie und die billigsten Kredite anbieten. Er konnte, vom Rumänen Ceauşescu 1965 mit Sowjet-Chef Breschnew im Park allein gelassen, den Partner zwei Stunden lang nur durch einen Stuhl getrennt anschweigen.

Er kann sich mit dem Gast Strauß aus Bayern über Westeuropas Sozialdemokraten erheben: „Diese Leute halten unsere Zusammenkunft für ein Treffen der schlechtesten Menschen der Welt. Leider gibt es noch zu wenige solcher schlechten Menschen."

Das und noch mehr kann der Jongleur aus Szetschuan: mit fünf Bällen spielen, Bündnisse umkehren, die Dinge auf den Kopf, doch lieber noch vom Kopf auf die Füße stellen.

Nur für eines eignet sich der kleinwüchsige, scharfzüngige Macchiavell kaum: als Subjekt für einen Personenkult. Arrogant nennt er Mao „besser" als nur zu siebzig Prozent gut — und fügt mit scheinheiliger Bescheidenheit hinzu, er, Teng, sei viel schlechter.

Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski ins Reich der Mitte — und mit Wohlgefallen vernahmen die Chinesen, worauf sie seit Nixons Tagen gewartet hatten. Brzezinski: „Wir meinen's ernst."

Beim Besuch der Großen Mauer machte sich „Zbig" zur Freude seiner chinesischen Gastgeber über den „Eisbären" lustig — wie Chinas Vizepremier Teng Hsiao-ping die Russen gern nennt. Mauer-Besteiger Brzezinski: „Wenn *wir* zuerst oben sind, greifen *Sie* ein und leisten den Russen in Äthiopien Widerstand. Wenn *Sie* zuerst oben sind, greifen *wir* ein und leisten den Russen in Äthiopien Widerstand."

Das Weiße Haus, so tadelte Kreml-Chef Breschnew wenig später in Minsk, verfolge mit seiner Annäherung an China eine „kurzsichtige und gefährliche Politik ... die von ihren Architekten möglicherweise bitter bereut werden wird".

Unschuldig bestritt Carter damals schon jede Absicht, Druck auf die Sowjets ausüben zu wollen. Carter in einem SPIEGEL-Gespräch: „Der Begriff ‚chinesische Karte' stammt nicht von meiner Regierung."

Doch da wurde in Peking bereits zwischen Amerikanern und Chinesen verhandelt. Im Herbst dann formierten sich in Fernost die Kräftegruppen neu: Im Oktober reiste Teng Hsiao-ping unter Moskauer Dauerfeuer zur Feier der Ratifizierung des neuen chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrages und zur Kaiser-Audienz nach Japan. Unverzüglich antwortete Moskau am 3. November mit einem Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjet-Union und Vietnam.

Am 4. Dezember überreichte Chinas stellvertretender Außenminister Han Nien-lung dem US-Unterhändler Woodcock schließlich einen „Kommuniqué-Entwurf", in dem Peking den 1. Januar 1979 als Tag X für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorschlug. „Teng Hsiao-ping", so der Vize-Außenminister zu Woodcock, „wird Sie in Kürze empfangen."

Der Empfang kam erst am 13. Dezember zustande, zuvor gab Teng den US-Kolumnisten Novak und Evans noch ein mehrstündiges Interview, in dem er wörtlich eine „Allianz gegen den Eisbären" empfahl und andeutete, auf Taiwan könne auch nach einer Wiedervereinigung mit China das kapitalistische System noch fortbestehen. US-Beamte, schrieben Novak und Evans später, waren „überrascht und fasziniert", als sie das Wort „Allianz" vernahmen.

Eine Anpassung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen an die Realitäten der Nachkriegszeit war längst überfällig. Daß sie so lange ausblieb, lag an den Belastungen, die sich beide Nationen wechselseitig aufgeladen hatten.

Zwar waren es Amerikaner, die in den 40er Jahren Ruf und Ruhm der

chinesischen Guerillaführer in der übrigen Welt bekannt machten, aber in einer Zeit, als dies auch dem State Department noch nützlich erschien.

Denn der „kühle Stratege" Mao Tsetung, den der Kriegsberichterstatter Edgar Snow beschrieb, oder der „Charmeur" Tschou En-lai, mit dem die US-Journalistin Anna Louise Strong 1946 in den Höhlen von Jenan tanzte, waren nützliche Werkzeuge im amerikanischen Krieg gegen Japan; Chinas Rote Armee, wie die US-Regierung meinte, eine „brauchbare Hilfstruppe" des von ihr ferngesteuerten Generalissimus Tschiang Kai-schek.

Politische Berater aus dem US-Geheimdienst OSS und dem Außenministerium wie der Mao-Dolmetscher „Sidney" Shapiro oder der Ex-Diplomat John Stewart Service und nicht zuletzt Amerikas offizieller Unterhändler General Marshall rieten der US-Regierung dringend, sich mit den Rotchinesen zu arrangieren, „denn nach Stand der Dinge werden sie die Herren von morgen sein".

Und tatsächlich suchten die führenden Mao-Genossen im Zweiten Weltkrieg Kontakt mit dem mächtigen Amerika, einmal, weil sie sich im Bürgerkrieg gegen Tschiang Kai-schek von Moskau im Stich gelassen fühlten, zum anderen aber auch, weil in ihren Vorstellungen der Kommunismus à la Stalin nicht das richtige Rezept für China war.

Schon im August 1944 hatte der Agenten-Diplomat Service nach Washington gekabelt:

> Aus sehr praktischen Gründen rechnen die Kommunisten nicht damit, daß Sowjetrußland in China eine große Rolle wird spielen können.

Und in einem Telegramm an den US-Präsidenten Truman gab General Marshall am 1. Februar 1946 ein Gespräch wieder, das er mit Maos Beauftragten Tschou En-lai geführt hatte:

> Wenn wir sagen, daß wir den amerikanischen Weg beschreiten sollten, so meinen wir damit, daß wir uns Demokratie und Wissenschaft nach amerikanischem Muster zu eigen machen wollen und vor allem Bodenreformen, Industrialisierung, freie Marktwirtschaft und die Entwicklung der Persönlichkeit in unserem Lande einführen wollen, damit wir ein unabhängiges, freies und erfolgreiches China aufbauen können.

Es kam ganz anders: Keine fünf Jahre später, im Korea-Krieg, nur ein Jahr nach einem erneuten Angebot Tschous, China solle sich mit Amerika verbünden, schossen amerikanische GIs und chinesische Rotarmisten in Korea aufeinander. Die kurze Phase enttäuschter Hoffnungen wurde von offener Konfrontation abgelöst.

Warum die im diplomatischen Ränkespiel erfahrenen US-Politiker seinerzeit die Chance nicht begriffen, sondern ähnlich instinktlos waren wie später nach dem Sieg Fidel Castros 1959 auf Kuba, läßt sich eindeutig nicht beantworten.

Der Kreuzzugsgeist, unter dem Amerika im Zweiten Weltkrieg marschierte, war noch nicht abgeklungen, das innenpolitische Klima von der antikommunistischen Hysterie des Senators McCarthy so angeheizt, daß Außenminister Dulles sich noch 1954 auf der Genfer Indochina-Konferenz weigerte, seinem Kollegen Tschou auch nur die Hand zu geben.

Zudem hatte eine finanzkräftige Lobby des Verlierers Tschiang eine Anti-Mao-Kampagne in den USA gestartet, und schließlich spielte in der öffentlichen Meinung Amerikas dieser Jahre auch eine Rolle, daß nach amerikanischem Selbstverständnis die chinesische Sache erst mit dem Sieg des eigenen Verbündeten, also Tschiang Kai-scheks, entschieden werde: vorweggenommenes Vietnam-Syndrom.

Amerikas Einsatz in Korea war Revanche und Revision zugleich — und das machte ihn für die übrige Welt auch so gefährlich. Als im Oktober 1950 die unter dem Oberbefehl des US-Generals MacArthur kämpfenden Uno-Streitkräfte im Krieg gegen das kommunistische Nordkorea den Jalu-Fluß, die Grenze zur Mandschurei, überschritten, griffen chinesische Verbände in die Kämpfe ein, wie vorher angekündigt.

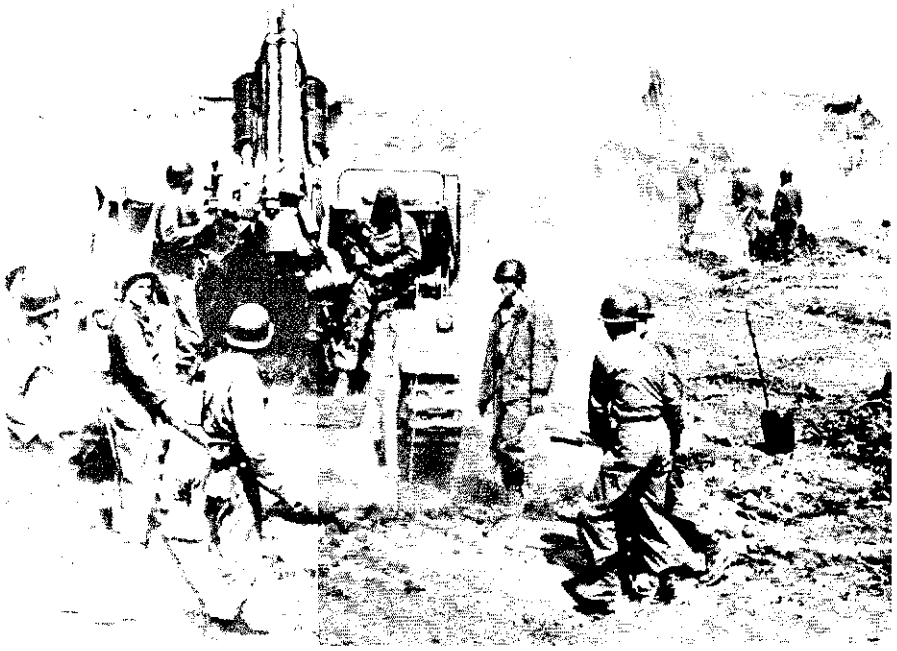
Der forsche US-General war nur unter Strafe seiner Demission daran zu hindern, zur Entlastung seiner Front Ziele in der chinesischen Mandschurei zu bombardieren — New York feierte den ungehorsamen General wie einen Helden.

Und noch zwei Jahre später, die Fronten in Korea waren längst erstarrt, beschäftigte die Leitartikler der Westpresse die ängstliche Frage, ob und wann Amerika den Präventiv-Schlag gegen China führen werde. „FAZ" vom 22. Februar 1952: „Krieg gegen China, und was dann?"

Denn die Stimmen aus State Department und Pentagon ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dulles-Nachfolger Dean Rusk: „Das Regime in Peking mag eine russische Kolonialverwaltung sein, aber eine Regierung von China ist es nicht, weil es seine erste Prüfung nicht besteht: Es ist nicht chinesisch."

Noch 1958, Chinesen und Amerikaner trafen sich schon regelmäßig zu insgesamt über 200 geheimen Botschafter-Gesprächen in Genf, später in Prag und Warschau, gab das State Department eine Anweisung an alle US-Botschaften aus: „Eines Tages wird die Herrschaft der Kommunisten in China enden. Durch die Verweigerung der diplomatischen Anerkennung bemühen sich die USA, dieses Ende zu beschleunigen."

Mit wirtschaftlichem Embargo und politischer Isolation wollte die US-Regierung „die Kommunisten austrocknen", vergebens. Milliarden Dollar investierte die westliche Großmacht im asiatischen Raum gegen den „chinesischen Expansionsdrang" — in Wirklichkeit gegen ein Entwicklungsland, das seit der kommunistischen Machtübernahme keine Besatzungstruppen in fremden Ländern unterhält und sich keiner



US-Artillerie im Korea-Krieg 1951: Revanche und Revision

Intervention außerhalb seiner historischen Grenzen schuldig machte.

Peking blieb bei dieser Zurückhaltung auch noch, als amerikanische Bomberverbände im Vietnamkrieg bei Anflügen auf Hanoi der chinesischen Grenze bis auf 15 Kilometer nahe kamen und die einzige Eisenbahnverbindung zwischen Südostchina und Südwestchina zerstörten.

Fast 80 000 Amerikaner verloren bei Amerikas Kriegseinsätzen in Korea und Vietnam ihr Leben, weil ihre Regierung meinte, dem Expansionsdrang Chinas und seiner Alliierten Einhalt gebieten zu müssen.

Als US-Präsident Johnson, an Vietnam gescheitert, Anfang 1969 seinen Abschied nahm, widmete der US-Historiker Hans J. Morgenthau der katastrophalen China-Politik seines Landes einen Nachruf: „Es ist eindeutig, daß unsere Isolationspolitik ein kompletter Fehlschlag war . . . Nicht China ist isoliert, sondern Amerika."

Und doch war es nicht späte Einsicht, sondern politisches Kalkül, das beide Seiten nach 22 Jahren heißen und kalten Krieges schließlich einander näherbrachte.

Chinas Führung, vor allem die Veteranen Mao und Tschou En-lai, traf die Intervention der Sowjets in der ČSSR im August 1968 unerwartet. Mit Moskau über Politik und Ideologien viel stärker zerstritten als die Prager, glaubte Peking mit dem Schlimmsten rechnen zu müssen. Das Chaos der Kulturrevolution war noch nicht überstanden, China durch den Massenabzug seiner Diplomaten von der übrigen Welt weitgehend isoliert.

Als der politische Streit mit den Sowjets im Winter 1969 am Grenzfluß Ussuri gar zu Waffeneinsätzen eskalierte, erschien der Pekinger Führung ein erneuter Annäherungsversuch an die Großmacht Amerika ratsam.

Dort bemühten sich der neue Präsident Nixon und sein Außenstratege Kissinger verzweifelt um einen Ausweg, der es Amerika erlauben könnte, sich unter Wahrung des Gesichts aus dem Vietnam-Desaster zurückzuziehen. China, nach Kissingers Metternich-Strategie nun „ein wichtiger Ball im weltpolitischen Kräftespiel", sollte den Amerikanern dabei helfen.

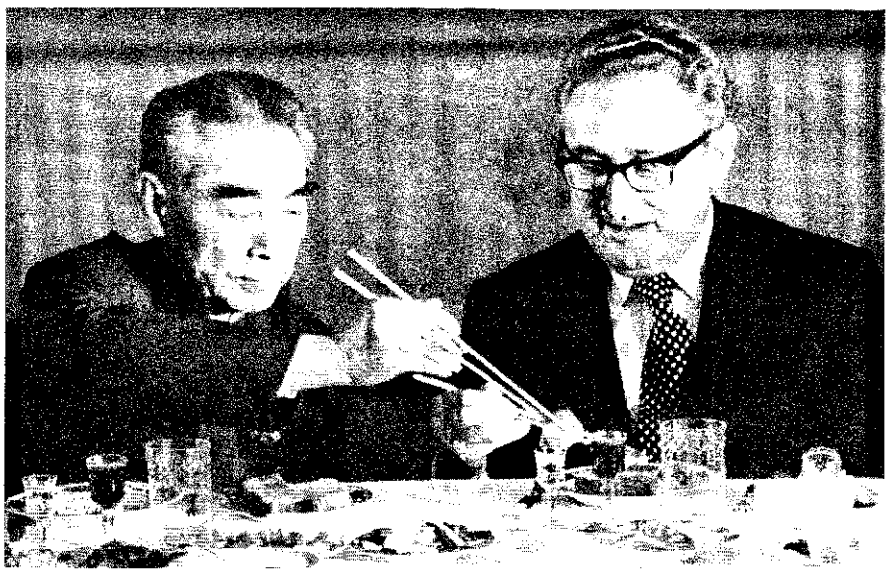
Mochte auch Richard Nixon die neue amerikanische China-Politik erfunden haben, als die Tür erst einmal aufgestoßen war, gab der in der Kabinettspolitik verwurzelte Historiker Kissinger ihr den theoretischen Überbau.

Spätestens drei Monate nach seiner Peking-Reise im Oktober 1971, als die Volksrepublik China anstelle von Taiwan in die Vereinten Nationen einrückte, war die Welt für den einstigen Harvard-Professor nicht mehr bipolar, beherrscht von den beiden Supermächten USA und Sowjet-Union, sie war tripolar geworden mit China als drittem Fixpunkt im Kräfte-Dreieck.

In Wahrheit glich die Welt schon damals eher einem Kräfte-Parallelogramm als einem Kräfte-Dreieck. Wohl herrschten Amerika und die Sowjet-Union militärisch, doch die wachsende Wirtschaftsmacht etwa der Japaner und Europäer machte diese beiden Kräfte zu Mitakteuren auf einer Weltbühne, von der sich die Chinesen allein schon angesichts ihrer Bevölkerungszahl ohnehin nicht ausklammern ließen.

In Gefahr gerät ein derart kompliziertes Parallelogramm der Kräfte immer dann, wenn mehrere Mächte sich zu einer Allianz zusammenschließen, von der sich auch nur einer der Mitspieler bedroht oder eingekreist fühlt.

Das wurde etwa deutlich, als die beiden einstigen Erzfeinde Japan und China sich in ihrem Freundschaftsvertrag ausdrücklich gegen jedwede — gemeint waren: sowjetische — Hegemonie-Bestrebungen aussprachen. Prompt fühlte sich Moskau eingekreist.



Premier Tschou En-lai, China-Besucher Kissinger 1973: „Wichtiger Ball"



China-Besucher Brzezinski 1978
„Wir meinen's ernst"

Eine ähnliche Reaktion des Kreml konnte nun der amerikanisch-chinesischen Vereinbarung vom 15. Dezember folgen.

Schon fiel der sowjetischen Armeezeitung „Roter Stern" ein böser historischer Vergleich ein: Auch Hitler, der „verrückte Führer", habe geprahlt, er würde sich mit dem Teufel verbünden wollen, nur um zu gewinnen.

Wohl hatte der sowjetische Amerika-Experte und Breschnew-Berater Georgij Arbatow im November erklärt, die Sowjet-Union befürworte eine Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und habe „keine Angst" vor China. Zugleich aber hatte er hinzugefügt:

> Die Situation würde ganz anders aussehen, wenn China sich zu einer Art militärischem Verbündeten des Westens entwickelte . . . Wenn solch eine Achse auf einer anti-sowjetischen Grundlage

Größte Festung der Welt

Taiwans Rüstungsindustrie baut Flugzeuge und entwickelt Raketen

Militärisch ist Taiwan ein Land der Superlative: Bei nur 17 Millionen Einwohnern unterhält der Inselstaat aktive Streitkräfte von etwa 600 000 Mann und Reservisten von über einer Million — der weltweit höchste Anteil an Soldaten, gemessen an der Bevölkerungszahl. Ihr Unterhalt kostet das Land über 8 Prozent seines Sozialprodukts und etwa 50 Prozent des Gesamthaushalts — auch dabei hält Taiwan den Weltrekord.

An Feuerkraft sind die taiwanesischen Streitkräfte der Volksbefreiungsarmee Pekings mehrfach überlegen. Ihre Luftwaffe ist mit „Nike"- und „Hawk"-Raketen, Starfightern sowie über 200 F-5-Jägern, mit „Sidewinder"- und „Sparrow"-Raketen ausgerüstet.

Die Taiwan-Marine besitzt mehr Zerstörer und Fregatten als die Volksrepublik, die Taiwan-Armee hat modernste Panzerabwehr-Lenkwaffen, „Honest John"-Raketen und weitreichende Geschütze.

Deshalb wohl ist die Hoffnung der USA wie auch die der Taiwan-Chinesen begründet, daß Pekings Truppen es nicht wagen werden, den hochgerüsteten Inselstaat anzugreifen — er wäre in der Tat auch schwer zu erobern:

Die Insel ist gespickt mit Geschützstellungen, Fla-Batterien, Raketenabschußrampen und Militärflugplätzen, von denen aus die Taiwan-Piloten im Alarmstart das kommunistische China innerhalb von Minuten erreichen können.

Militärisch noch besser ausgebaut sind die beiden Taiwan-Inseln Quemoy und Matsu, direkt vor dem kommunistischen China gelegen. Allein um Quemoy — nicht viel größer als Sylt — zur größten Festung der Welt zu machen, haben die Taiwanesen mehr ausgegeben als einst Frankreich zum Bau der Maginotlinie.

60 000 Soldaten leben hier in unterirdischen Tunneln und atombombensicheren Kasematten, bedienen eingegrabene und getarnte Panzer und richten ihre Geschützrohre aufs Festland.

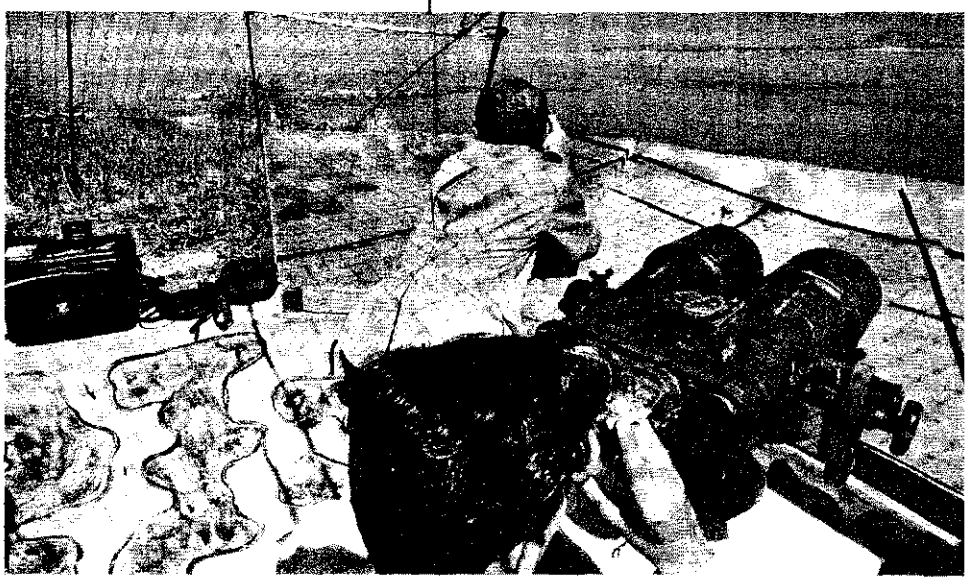
An eine chinesische Invasion glaubt ernsthaft selbst in Taiwan niemand. „Ihnen fehlt einfach die Transportkapazität, um ihre Soldaten und Panzer über die 150 Kilometer breite Taiwan-Straße zu verschiffen", urteilte letzte Woche ein hoher US-Militär in Taipeh.

Auch für die Zukunft scheint Taiwans Verteidigung gesichert: Die Rüstungsindustrie ist weitgehend autark. Schon jetzt fertigen die Taiwanesen Düsenjäger vom Typ F-5 in eigener Regie und bauen sogar eigene Raketen. Nationalchina ist damit der neunte Staat der Erde, der Technik und Produktion moderner Lenkwaffen beherrscht.

Taiwans Rüstungstechniker arbeiten bereits an einem noch ehrgeizigeren Projekt: einer Mittelstreckenrakete. Mit einer Reichweite von knapp 1000 Kilometern könnte sie im Ernstfall die kommunistischen Industriezentren Schanghai, Nanking und Kanton bedrohen.

Studiert haben die nationalchinesischen Ingenieure die komplizierten Lenktechniken in den USA — angeblich ohne Wissen der Amerikaner. Getarnt als normale Studenten arbeiteten Wissenschaftler des Chungshan-Instituts, einer Forschungsabteilung des Verteidigungsministeriums, jahrelang am Massachussetts Institute of Technology an amerikanischen Raketenprojekten mit.

Bei diesem Rüstungsstandard wollen westliche Militärexperten selbst eine atomare Bewaffnung der Taiwan-Streitkräfte nicht mehr ausschließen. Taiwan betreibt seit Jahren einen kanadischen Atomreaktor desselben Typs, der Indien das notwendige Plutonium für seine erste Kernwaffe geliefert hat.



Taiwan-Militärs beim Beobachten des chinesischen Festlandes: Alarmstart in Minuten

gebildet würde, gäbe es keinen Platz für Détente.

Als „anti-sowjetisch" dürfte Moskau wenn nicht die vorgesehenen Milliarden-Investitionen des Westens in China, so doch westliche Waffenlieferungen ansehen, die China wünscht. Ob der Westen sie gibt oder nicht, davon dürfte nun das Schicksal der Entspannungspolitik zwischen dem Westen und der Sowjet-Union abhängen.

Vorigen Donnerstag und Freitag wollten die Außenminister Gromyko und Vance in Genf die letzten noch offenen Fragen eines neuen Salt-Abkommens bereinigen. Zwar haben die Sowjets — wie auch die Amerikaner — immer wieder versichert, Salt sei so bedeutend für Frieden und Sicherheit der Welt, daß es durch keine anderen Krisenbereiche beeinflußt werden dürfe.

Die Amerikaner blieben diesem Grundsatz — totz massiver Kritik im eigenen Land — treu, als sie auch auf dem Höhepunkt der sowjetisch-kubanischen Intervention in Afrika jegliche Beeinträchtigung von Salt ablehnten und weiter verhandelten. Wenn die Sowjets sich ebenso konsequent verhalten, könnte Kreml-Boß Breschnew wie vorgesehen Mitte Januar nach Washington kommen.

Trotz aller Drohungen der Kongreß-Rechten, sie würden Carters China-Politik durch hinhaltende Obstruktion oder gar durch Gerichtsklagen torpedieren, gaben sich der Präsident und seine Berater Mitte der Woche optimistisch.

Denn Hauptaufgabe des amerikanischen Kongresses dürfte es nun sein, die Beziehungen der USA zu Taiwan auf eine neue, nicht mehr offizielle Basis zu stellen und, wo nötig, Ausnahmeregelungen zugunsten der Nationalchinesen zu schaffen.

Da Amerikas Wirtschaft auf Taiwan an die 600 Millionen Dollar investiert hat und das Handelsvolumen zwischen

der Insel und den USA in diesem Jahr bei 7,5 Milliarden Dollar liegen wird, dürfte es kaum ein Mitglied des Kongresses riskieren, diese Beziehungen zu gefährden.

Nach der ersten Erregung über die unzuverlässige Schutzmacht USA besannen sich die Nationalchinesen denn auch schon darauf, daß sie ihre jetzige Position ausschließlich der Stärke ihrer Wirtschaft verdanken.

Auch um die psychische Sicherheit ihrer Insel-Republik machen sie sich derzeit kaum ernsthafte Sorgen. Zum einen würde es Peking denkbar schwerfallen, die bis an die Zähne bewaffnete Insel militärisch zurückzuerobern (siehe Seite 88), zum anderen glaubt Washington, daß Westpolitiker Teng daran zur Zeit gar nicht interessiert ist.

Er möchte China ohne neue kräfteverzehrende Abenteuer zur wirtschaftlichen Großmacht entwickeln — und experimentiert neuerdings sogar mit Ansätzen zu Gesetzmäßigkeit und Demokratie.

Der Prager Frühling in Peking

Die neue Führung spricht von Rechtsstaat und Demokratie

Bienenzüchter Hang Tschang-ju, 41, aus Liaoning in Nordost-China suchte sein Recht: Beim Bahntransport waren alle seine Bienen ums Leben gekommen. Die zuständige Eisenbahn-Behörde verweigerte seit drei Jahren jeglichen Schadensersatz.

So machte sich Han nach Peking auf, um seinen Fall an die große Glokke zu hängen: Laut Verfassung hat jeder Bürger der Volksrepublik China das Recht, Beschwerden auf Wandzeitungen vorzubringen.

Han malte sein Verlangen nach Gerechtigkeit auf fünf große grüne Papierbögen und klebte die Plakate an die Mauer eines Pekinger Gebäudes, in dem das Oberste Gericht der Volksrepublik residiert.

Sofort wies ihn eine Gerichtsdienerin zurecht: „Wie kannst du hier deine Plakate anbringen, während sowjetische Spione dabei zuschauen?" Gemeint waren der US-Journalist Frank Ching vom „Wall Street Journal" und dessen Sekretärin, die zufällig diese Szene beobachteten.

Auch vier Polizisten erschienen. Han verteidigte sich, seine Briefe an das Oberste Gericht seien ohne Antwort geblieben: „Ich kann nicht mehr warten." Funktionäre in Peking reagieren noch nervös, wenn Chinesen Verfassungsrechte ausüben wollen: Gerade eben war eine Wandzeitungs-Kampagne wieder mal aus dem Ruder gelaufen. Mit allerhöchster Billigung erschienen vom 19. November an mitten in Peking, an der Mauer eines Garagenhofes in der Hsi-Tan-Straße, Wandzeitungen, die nicht weniger forderten als einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz in China.

Ein Arbeiter aus einer Radiofabrik verkündete per Plakat: „Ein Land kann ohne ein System von Gesetzen nicht existieren. Ohne Menschenrechte gibt es keine Demokratisierung."

Eine andere Wandzeitung mahnte: „China befindet sich an einem wichtigen Wendepunkt seiner Geschichte. Ohne eine große geistige Revolution und eine grundlegende Befreiung des Denkens werden wir niemals die ‚Vier Modernisierungen' erreichen" — den modernen Industriestaat, den die neue Führung für das Jahr 2000 durch Entwicklung von Wissenschaft, Industrie, Landwirtschaft und Militärwesen anpeilt.

Eine weitere Wandzeitung: „Wir können nicht hinnehmen, daß Menschenrechte und Demokratie lediglich Losungen der westlichen Bourgeoisie bleiben und das Proletariat des Ostens nur Diktatur braucht."

Eine „Einheit der Akademie der Wissenschaften" erklärte auf einem Maueranschlag das China des Jahrzehnts der Kulturrevolution zu einem „faschistischen Regime". Wahlen nach dem Muster der Pariser Kommune wurden vorgeschlagen — also nach dem Verhältniswahlsystem mit mehreren Parteien. Ein Wandschreiber forderte neben allen anderen Grundfreiheiten „Reisefreiheit wie in Jugoslawien", einer verlangte Lebensstandard wie auf Taiwan und nationale Selbstreinigung à la Watergate in den USA.

Überhaupt erscheinen Effektivität, Rechtsstaatlichkeit und Technologie der vor kurzem noch verteufelten USA nun unversehens als Vorbild für China. Die Wandzeitungsleser solidarisierten sich an der Plakatmauer mit US-Korrespondenten.

Der Wandzeitungs-Wandel fand noch statt, bevor die Pekinger Führung am 16. Dezember den bislang spektakulärsten Schritt dieser West-Öffnung bekanntgab: die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit den USA zum 1. Januar 1979.

Vieles an der innerchinesischen Entwicklung der letzten Wochen erinnert an den Prager Frühling 1968. Schlüsselereignis in Peking wurde dabei der Volksaufruhr auf dem Tienanmen-Platz am 5. April 1976, bei dem Sicherheitskräfte angeblich über hundert Bürger erschlugen, die für den großen Pragmatiker Tschou En-lai und dessen gelehrigen Schüler Teng Hsiao-ping demonstrierten.

Nun verlangten Wandzeitungen: Rehabilitierung des 5. April, und die Parteispitze erfüllte diesen Wunsch umgehend: Den Aufruhr, den das Politbüro 1976 als „konterrevolutionär" eingestuft hatte, bezeichnete das Pekinger Stadt-Parteikomitee jetzt als „eine revolutionäre Aktion". Damit war zum erstenmal das Recht anerkannt, sich ge-

Wandzeitungen in Peking: „Demokratie-Mauer"

